



Protokollauszug

aus der
50. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 10.04.2002

öffentlich

**Top 3.11 Gründung einer Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte GmbH
02/SVV/0165
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Kultur** hat der o. g. DS mit **Änderungen des Beschlusstextes und darüber hinaus Änderungen im Gesellschaftsvertrag** zum Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte GmbH, **zugestimmt**, die den Stadtverordneten mit den „Stellungnahmen der Ausschüsse“ schriftlich ausgereicht wurden.

Abstimmung:

Die durch den Ausschuss für Kultur empfohlenen Änderungen des Beschlusstextes und des Gesellschaftsvertrages werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Landeshauptstadt Potsdam gründet mit dem Land Brandenburg eine gemeinsame Einrichtung in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Betreuung des Kutschstalls am Neuen Markt als multifunktionales Ausstellungs- und Veranstaltungsgebäude unter dem Namen "Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte".

Gesellschafter dieser GmbH sind das Land Brandenburg mit einem Anteil von 67 % und die Landeshauptstadt Potsdam mit einem Anteil von 33 %. Ab dem Haushaltsjahr 2002 tragen das Land Brandenburg 67 % und die Landeshauptstadt Potsdam 33 % des auf den Betrieb bezogenen Zuwendungsbedarfs der HBPG GmbH.

2. Mit der Beteiligung der Stadt am HBPG ist das Anliegen einer verstärkten eigenständigen Darstellung der Potsdamer Stadtgeschichte zu sichern. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum November 2002 konzeptionelle Vorstellungen zur Realisierung dieses Anliegens vorzulegen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die personelle und finanzielle Planung sowie das inhaltliche Konzept für den Bereich Geschichte bis zum November 2002 vorzulegen.

4. Als Voraussetzung für die finanzielle Beteiligung der Stadt wird die dauerhafte Sicherung der Finanzierung durch den Hauptstadtvertrag angesehen. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Voraussetzung bei den Verhandlungen zum Hauptstadtvertrag geltend zu machen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

